

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 55 (1963)
Heft: 5

Artikel: Demokratie ohne Frauen?
Autor: Preiss, Eva
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um das Bild zu vervollständigen, muß der aufsehenerregende Börsensturz in den letzten Maitagen des vergangenen Jahres wenigstens erwähnt werden. Dem «schwarzen Montag» (28. Mai) der Newyorker Börse folgte der «schwarze Dienstag» (29. Mai) der Zürcher Börse auf dem Fuße. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten kam in der Schweiz der Börsensturz aus heiterem konjunkturpolitischem Himmel. Ein Konjunkturumschwung wurde jedoch damit nicht eingeleitet, sondern die Hochkonjunktur nahm ihren Fortgang. Immerhin sollte dieses Ereignis als Fingerzeig dafür gelten, daß trotz der langjährigen Hochkonjunktur Unsicherheitsmomente vorhanden sind, die früher oder später eine Aenderung der Wirtschaftslage bewirken können. Eine solche wird allerdings in unserer exportorientierten Wirtschaft weitgehend von der wirtschaftlichen Entwicklung in unseren hauptsächlichsten Abnehmerstaaten abhängen.

Vorläufig haben die Konjunkturdämpfungsbemühungen an Aktualität noch nichts eingebüßt, und es ist zu hoffen, daß der Preisauftrieb abgebremst werden kann und der Hochkonjunktur die Spitze gebrochen wird, um den Uebergang zu einer weniger hektischen, aber gleichwohl wachstumsintensiven Konjunkturperiode zu finden.

Dr. Benno Hardmeier, Bern.

Demokratie ohne Frauen?



Nur wenige Monate liegt es zurück, seit Herr und Frau Oesterreicher ihr Parlament neu bestellt haben. Während des gesamten Wahlkampfes und noch am Wahltag selbst ließ es sich keine Partei nehmen, immer wieder zu betonen, welche Bedeutung der Wahlentscheidung der österreichischen Frauen zukäme. Diese Einschätzung war auch ganz richtig: Waren doch von den 4,8 Millionen österreichischen Wahlberechtigten 2,67 Millionen – das sind etwa 56 Prozent – Frauen. Es wäre lächerlich, wollte jemand daraus die Forderung ableiten, von den 165 Nationalratsabgeordneten

müßten demnach 93 weibliche Abgeordnete sein. Doch zehn weibliche Abgeordnete – und zwar sieben von der SPÖ und drei von der ÖVP – gegenüber 156 männlichen Mandataren ergeben ein so krasses Mißverhältnis, daß man kein Frauenrechtler sein muß, um es als das zu empfinden. Woran mag es liegen, daß so wenig Frauen in die hohe Politik Eingang finden?

Und er soll dein Herr sein . . .

Sicher wird es viele Leute beiderlei Geschlechtes geben, denen es völlig gleichgültig ist, ob der Nationalratsabgeordnete K., der Primararzt L. oder der Sektionschef M. ein Mann oder eine Frau ist. Wer jedoch der Frage nachgeht, warum sich Frauen bei gleicher Begabung, gleicher Ausbildung und gleicher Leistung mit untergeordneten Tätigkeiten und Arbeitsgebieten zufriedengeben sollen, wird zu einer überraschenden Feststellung kommen: Grundsätzlich sind fast alle – Männer *und* Frauen – für die Gleichberechtigung. Allerdings, es gibt ein «par» Ausnahmen: Im wohlverstandenen Interesse der *eigenen* Familie möchten selbst heroische Frauenrechtler *ihre* Frauen von der Politik fernhalten. Für den *eigenen* Arbeitsbereich möchten sie *keine* Frau als Chefin über sich sehen oder sie gar zur Chefin machen. Und leider wollen auch viele Frauen – was ihr *eigenes* Arbeits- und Lebensgebiet betrifft – lieber einen Mann zum Vorgesetzten, als Arzt, als Betriebsrat usw., die Reihe ließe sich beliebig lang fortsetzen. Schließlich gibt es noch jene – nicht gerade kleine – Gruppe von Frauen, die zwar überall nach mehr Einfluß ruft, die sich aber entsetzt bekreuzigt, wenn man an sie das Ansinnen stellt, sie selbst sollte einen Teil ihrer Freizeit der Politik oder der Gewerkschaftsarbeit widmen.

Politik ist Männersache

Zum Glück gibt es auch noch «Wunderfrauen», deren Beispiel beweist, wie tüchtig und verantwortungsfreudig Frauen sein können. Freilich muß sich die Frau in der Politik mit uralten Vorurteilen herumschlagen, «Kürassier in Röcken», «Blaustrumpf» und «Mannweib» sind nur einige wenige der freundlichen Bezeichnungen, die ihr zumindest am Beginn ihrer politischen Arbeit zugedacht werden. Allenfalls kommt noch die Verdächtigung hinzu, sie habe es – sofern sie auch nur einigermaßen nett anzusehen ist – eben dadurch zu «Ansehen» gebracht und nicht etwa durch Tüchtigkeit.

Doch damit ist das Gefäß der üblen Nachrede noch lange nicht entleert. Ist die Politikerin verheiratet, ist ihre Ehe schlecht; hat sie Kinder, ist sie außerdem eine schlechte Mutter. Ist sie aber ledig, dann ist ihre politische Tätigkeit eben nur Ersatzleistung, weil die Aermste keinen Mann finden konnte.

Daß solche Vorurteile und Nachreden nicht dazu angetan sind, Frauen für die politische Arbeit zu begeistern, bedarf wohl keiner Erklärung. Wenn die Frau von politischen und staatlichen Instanzen überhaupt angesprochen wird – außer in Wahlzeiten –, dann geschieht dies zumeist als Hausfrau und Mutter, bestenfalls noch als bewußte Konsumentin, nur selten aber als Staatsbürgerin.

Beispiele reißen mit

Frauen müssen im allgemeinen viel mehr leisten und können als Männer, um dasselbe Ziel zu erreichen. Manchmal führen schwere Schicksalsschläge, die schwächere Naturen zerbrechen, außerordentliche Frauen ins öffentliche Leben. Nennen wir als Beispiel die Witwe des ermordeten Ministerpräsidenten von Ceylon, Sirina Bandaraneike. Als Mutter von fünf Kindern übernahm sie, nachdem ihr Mann 1959 einem Attentat zum Opfer gefallen war, sein politisches Erbe und führte die Freiheitspartei Ceylons zu einem überwältigenden Sieg, ohne sich jemals vorher politisch betätigt zu haben. Sie wurde im Sommer 1960 als Ministerpräsident von Ceylon vereidigt und damit zum ersten weiblichen Regierungschef der Welt ernannt. Als die damals 44jährige Frau ihr schwieriges Amt übernahm, sagte sie: «Ich weiß, was Politik ist; ich kenne das Auf und Nieder in der Politik. Aber ich habe die Kraft und den Mut, den Anforderungen zu entsprechen, die mir gestellt sind.»

Die Erwähnung einer Reihe von Frauen, die in einzelnen Ländern hohe politische Ämter erreicht haben, kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie soll nur zeigen, daß gegenwärtig führende Politikerinnen ganz vereinzelte Erscheinungen sind.

In Japan hat seit dem Herbst 1960 eine Frau, Masa Nakayama, das Amt eines Wohlfahrtsministers inne. (Sie ist der erste weibliche Minister Japans.) In Israel ist das Außenministerium in den Händen von Frau Golda Meir. In Äthiopien ist Judith Imeru stellvertretender Außenminister. Zypern hat einen weiblichen Justizminister, Frau Stella Souliotou.

In den skandinavischen Ländern wurden in den letzten Jahren wiederholt Frauen als Regierungsmitglieder berufen. Zurzeit hat Norwegen mit Frau Aase Bjerkholt einen weiblichen Minister für Familien- und Verbraucherangelegenheiten. Auch der schwedische Minister für Verbraucherangelegenheiten – Ulla Lindström – ist eine Frau. In Dänemark übt Frau Bodil Koch das Amt eines Kirchen- und Kultusministers aus. Finnland hat mit dem Unterrichtsminister Frau Armi Hosia und mit Frau Kyllikki Pohjala als zweitem – jedoch völlig gleichberechtigtem, mit anderen Agenden betrautem Sozialminister sogar zwei weibliche Regierungsmitglieder.

In den Niederlanden übt Frau Dr. Marga Klompé das Amt eines Ministers für soziale Wohlfahrt aus. In Großbritannien ist Frau Mary Pike stellvertretender Postminister; im britischen Ministerium für Renten und Sozialversicherung ist Frau Margareth Thatcher als parlamentarischer Staatssekretär tätig. In den USA liegt die Leitung des Schatzamtes in den Händen von Elisabeth R. Smith. Die Deutsche Bundesrepublik übertrug 1961 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt die Funktion eines Bundesministers für das Gesundheitswesen.

Auch in den Ostblockstaaten, die ebenfalls bei jeder Gelegenheit betonen, wie sehr sie für eine echte Gleichberechtigung eintreten, gibt es nur sehr wenige Frauen in den Regierungen. Dafür schließt dort die Gleichberechtigung das «Recht» ein, so wie die Männer zu Schießübungen abkommandiert zu werden und in Bergwerken unter Tag arbeiten zu dürfen. Immerhin ist in der UdSSR Frau Jekaterina Furtsewa Minister für Kultur; in der deutschen Sowjetzone ist das Justizministerium in den Händen von Dr. Hilde Benjamin.

In diesem Zusammenhang drängt sich auch noch die Frage auf, warum weitaus mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten der UNO bis heute kein einziges weibliches Delegationsmitglied entsandt haben. Diese Frage ist um so naheliegender, als es eine eigene «Kommission der Vereinten Nationen für die Stellung der Frau» gibt. Diese Kommission wurde im Rahmen des Wirtschafts- und Sozialrates von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausdrücklich geschaffen, damit sie die «Interessen der Frauen wahre und fördere».

Verzicht auf die Frauen

Wie wenige Frauen in Oesterreich bei den letzten Nationalratswahlen aus dem großen Kreis der Wahlberechtigten tatsächlich in den neuen Nationalrat einzogen, wurde schon gesagt. Die Statistiker haben übrigens festgestellt, daß die Frauen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in vielen anderen Ländern den höheren Prozentsatz an Wahlberechtigten stellen als die Männer. Diese Tatsache veranlaßte vor den letzten Bundestagswahlen in Westdeutschland einen Politiker zur Äußerung: «Auf die Frauen zu verzichten, das hält die beste Partei in keinem Land aus.» Die Nutzanwendung aus dieser Feststellung wirkt allerdings nicht besonders logisch: Trotz der hohen Zahl weiblicher Wähler sind in den Parlamenten denkbar wenig Frauen vertreten.

	Gesamtzahl der Abgeordneten	davon Frauen	In Pro- zenten
Belgien	212	keine	0
Bundesrepublik	519	49	9,4
Dänemark	179	15	8,3
Italien	596	22	3,7
Niederlande	150	13	8,7
Norwegen	160	13	8,1
Oesterreich	165	10	6,1
Schweden	231	28	12,1
USA	435	15	3,4
Straßburg (Europarat) . . .	141	6	4,3

Nach einer anderen internationalen Erhebung sieht der prozentuelle Anteil der Frauen an der Zahl der Abgeordneten in den Parlamenten weiterer Länder folgendermaßen aus: Finnland 14 Prozent, Israel 9,2 Prozent, Großbritannien 4,4 Prozent, Japan 2,4 Prozent und Frankreich 1,3 Prozent.

Ein Vergleich der österreichischen Verhältnisse von 1934 und heute beweist außerdem, wie «fortschrittsfreudig» wir Oesterreicher bei der Wahl von Politikerinnen sind: 1934 waren von den 165 Abgeordneten zum Nationalrat noch elf Frauen; heute sind es zehn. Von den 50 Bundesratsmandaten des Jahres 1934 entfielen sieben Mandate auf Frauen; von den 54 Bundesratsmandaten des Jahres 1962 sind es gleichfalls sieben.

In den Landtagen sieht es auch nicht viel erfreulicher aus, wie die folgende Tabelle (Reihenfolge nach der Zahl der Einwohner) zeigt:

	Gesamt- zahl	davon männl. weibl.		ÖVP m. w.		SPÖ m. w.		EPÖ m. w.		KPÖ m. w.	
Wien	100	86	14	30	3	49	11	4	0	3	0
Niederösterreich .	56	54	2	30	1	24	1	0	0	0	0
Steiermark . . .	48	45	3	23	1	20	2	1	0	1	0
Oberösterreich .	48	46	2	25	0	17	2	4	0	0	0
Kärnten	36	35	1	12	0	17	1	5	0	1	0
Tirol	36	36	0	23	0	11	0	2	0	0	0
Salzburg	32	30	2	13	1	12	1	5	0	0	0
Burgenland . . .	32	31	1	16	0	14	1	1	0	0	0
Vorarlberg . . .	36	34	2	20	1	9	1	1	0	0	0

Die drei weiblichen Bürgermeister (Hart-St. Peter in der Steiermark, Groß-Siegharts in Niederösterreich und Radstadt-Pongau in Salzburg) sowie die drei weiblichen Vizebürgermeister brauchen sich ebenfalls nicht über ein Ueberangebot an Geschlechtsgeossinnen in ihrer «Branche» zu beklagen. Doch ein Ueberangebot an Frauen, die sich zur politischen Arbeit und im besonderen zur politischen Verwaltungsarbeit drängen, gibt es ja überhaupt nicht, wie wir schon eingangs feststellten.

Was schreckt sie am meisten ab?

Es wäre interessant und wichtig zu erfahren, ob die Frauen nur die Schwierigkeiten fürchten, daß sie sich solchen für sie neuen gesellschaftlichen Aufgaben noch nicht gewachsen fühlen, oder ob es vor allem der Zeitmangel ist, der Frauen von der Mitarbeit in den demokratischen Einrichtungen fernhält. Die Verfasserin möchte eine kleine persönliche Erfahrung beisteuern und ehrlich folgendes gestehen: Wenn man sich geniert zuzugeben, daß einem ein wesentlicher Problemkreis völlig unbekannt ist, ist man manchmal ganz

froh darüber, wenn man sagen kann, die Familienpflichten ließen einem keine Zeit dazu, das betreffende Thema zu behandeln. (Die Männer finden andere Ausreden. Die Redaktion.) Im Grunde genommen sind solche Äußerungen freilich nichts anderes als ein resignierender Rückfall in jene Zeiten, da die Frauen sich selbst als Wesen minderer Art einschätzten, weil ihnen das durch Jahrtausende eingeredet worden war. Dieses Erbe tragen viele Frauen noch heute wie einen Mühlstein um den Hals.

Eines sollten aber gerade die Frauen nicht übersehen: Die Arbeiterbewegung als soziale Emanzipationsbewegung war in ihren Anfängen durch ein reges Bildungsstreben gekennzeichnet. «Wissen ist Macht» hieß die Parole. Aber die breite Masse der Frauen mußte damals auch in der Arbeiterbewegung trotz aller Bemühungen auf vielen Gebieten bildungsmäßig zurückbleiben. Der aus materiellen und gesellschaftlichen Gründen erzwungene Ausschluß von der Bildung wurde zur Bildungsscheu, und vor dieser inneren Schranke stehen die Frauen vielfach auch heute noch. Allerdings sind die Anforderungen heute, sowohl was das politische als auch was das soziale und wirtschaftliche Grundwissen anbetrifft, viel höher geworden, als sie es etwa noch um die Jahrhundertwende waren. Trotzdem, die Schranke muß überwunden werden, im Interesse der Allgemeinheit. Viele tüchtige Frauen haben den Weg gewiesen. Allerdings wird dies eher gelingen, wenn die Frauen auf ihrem Weg zur echten Gleichberechtigung im öffentlichen Leben der Hilfe der männlichen Kollegen im Beruf und einem großen Maß an menschlichem Verständnis in ihrer Familie begegnen. Der Lohn für eine solche Hilfe und ein solches Verständnis wird im rascheren gesellschaftlichen Fortschritt liegen.

Eva Preiß, Wien.

Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung Oesterreichs

Die Einrichtungen der Sozialversicherung in Oesterreich haben sich aus den ursprünglich entstandenen Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter und Angestellten entwickelt. Das waren kleine Unterstützungsvereine, Hilfs-, Invaliden- und Krankenkassen, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts unter dem Druck der Verhältnisse in der ganzen Monarchie zu Hunderten gegründet wurden und die sich sehr bewährten, aber bald nicht mehr genügten. Sie wurden von ihren Mitgliedern selbst verwaltet, woraus sich auch das Selbstverwaltungsprinzip der modernen österreichischen Sozialversicherung entwickelt hat, das nur in den Zeiten autoritärer Regimes unterbrochen war.